



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/VI/210 - 10.9.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 7654-59
Fernschreiber 039 890

Das Problem der Kriegsauszeichnungen	S. 1
Argentinien und Panamerika	S. 3
Adenauer zur deutschen Kriegsschuld	S. 4
Beschlüsse des Parteivorstandes und Parteiausschußsitzungen am 7.-9. September	S. 5
	S. 6

B i t t e r e r R u h m

F.W. Das Problem der Kriegsorden rührt- auch wenn das vielleicht auf den ersten Blick etwas übertrieben erscheint -an die Grundlagen unserer politischen Existenz, und es wird keine Klärung möglich sein, wenn man sich an der tragischen Verkettung verschiedener Umstände vorbeischiebt.

Alle Soldaten der Deutschen Wehrmacht haben für "Führer und Volk" gekämpft. Keiner von ihnen hatte die Wahl, ob er überhaupt kämpfen wollte. Viele haben den Krieg an sich verflucht, nicht wenige aus der Überzeugung, daß er verbrecherisch sei. Viele haben gern für das Volk und das Regime gekämpft, eine nicht geringe Zahl aber hat unsäglich darunter gelitten, daß in dem einmal begonnenen Krieg mit der Heimat zwangsläufig auch die verhaßte Diktatur verteidigt würde. Alle Soldaten haben ihre Pflicht tun müssen, und wie stark immer ihr politisches Bewußtsein und die Einsicht in die wahren Zusammenhänge war, die Front schaffte Bindungen und Verpflichtungen, denen sich auch die als "wehrwürdig" abgestempelten Gegner des Regimes nicht zu entziehen vermochten.

Die Sache, für die die deutschen Soldaten gekämpft haben, war schlecht, aber, so ist zu fragen, waren sie deshalb auch schon schlechte Soldaten? Das wird niemand behaupten können. Die soldatische Tapferkeit ist eine Tugend, die nur derjenige

leugnen kann, der auf dem Boden eines konsequenten Pazifismus steht. Die menschliche Seite des Problems dürfte Kurt Schumacher im Auge haben, wenn er erklärt, daß man diese Jahre der Prüfung und des Leidens nicht einfach aus dem Leben jener Menschen streichen dürfe. Man wird ihm in der Ansicht beipflichten müssen, daß ein Verbot des Tragens jener Auszeichnungen von den ehemaligen Soldaten so aufgefaßt werden müßte, als wolle dieser Staat ihm die Achtung vor der menschlichen Leistung versagen. Es würde daher verfehlt sein, wenn unser junges Staatswesen das von den Alliierten mit dem Recht des bedingungslosen Siegers in Bausch und Bogen erlassene Verdikt durch Bestätigung verewigen würde. Der Staat, der sich nicht, wie die Weimarer Republik, zu einem verfassungsmäßigen Verbot aufgerafft hat, würde in eine groteske Lage kommen, wenn er im gleichen Augenblick, da er die Jugend zu den Waffen ruft, ihr menschlich-soldatisches Vollbringen zwar unter anderen Fahnen, aber gegenüber einem Gegner, der auch der Feind von morgen sein kann, in Acht und Bann tut.

Nun freilich kann dies alles nicht bedeuten, daß die Kriegsauszeichnungen, wenn sie schon nicht verboten sind, auch getragen werden sollten. Gewiß, kein Deutscher braucht sich zu schämen, Soldat gewesen zu sein, wenn er sich nicht eines kriminellen Vergehens schuldig gemacht hat. Es ist aber auch gewiß kein Ruhm, für Hitlers Ziele gekämpft zu haben. So fällt auch ein Schatten der bösen Sache auf die Auszeichnungen, der umso dunkler wird, je mehr diese Frage aus dem rein menschlichen Bereich auf die politische Bühne gehoben wird. Der Ruhm der soldatischen Leistung dieses letzten Krieges ist bitter.

Die subjektive menschliche Größe mag in allen Armeen dieses Krieges gleich stark vertreten gewesen sein. Politisch gesehen, ist sie von der Sache nicht ganz zu trennen. Des einfachen Soldaten Recht auf Anerkennung verdienter Auszeichnungen vertreten, heißt im übrigen nicht, daß der Zusammenhang zwischen diesen Orden auf höherer militärischer Ebene und dem Politisch-Nazistischen außer acht gelassen werden soll. Viele Tapferkeitsauszeichnungen sind in Wahrheit nationalsozialistische Verdienstorden und damit sicher keine Ehrenzeichen. Widerspruchslose Befehlsausführung gegen besseres Wissen und Gewissen um den Preis ungeheurer Menschenverluste war

der Diktatur manchen Orden wert. Die Gefahr, daß gerade von dieser Seite her mit den Auszeichnungen der Krieg selber rehabilitiert wird, ist beträchtlich. Das ist nicht ausschließlich eine Frage der Propaganda politischer Extreme. Die Radikalen können immer nur auf dem Felde der Unzufriedenheit ernten, weswegen es sich eben nicht empfiehlt, durch ein striktes Verbot das Ressentiment der heute noch Gleichgültigen zu wecken.

+ + +

P a n a m e r i k a

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter:

Die Amerikaner sind heftig um Paneuropa bemüht. Die Selbstverständlichkeit, mit der sie sich dabei über widerstreitende Lebensinteressen beteiligter Völker hinwegsetzen ist umso bemerkenswerter, als dieselben Amerikaner in ihrem unmittelbaren Lebensbereich, bei der Schaffung Panamerikas, sehr behutsam zu Werke gehen. Die panamerikanische Idee ist nicht weniger gut, als die paneuropäische. Aber der Panamerikanismus der USA hat nichts mit der ursprünglichen Idee Bolivars, des Befreiers Südamerikas, zu tun, der im Jahre 1824 die erste panamerikanische Konferenz einberief, um zunächst Iberoamerika zu einen. Seitdem wurden die USA zur beherrschenden Weltmacht.

Der ernsteste Gegenspieler für alle panamerikanischen Bestrebungen der USA ist seit langem Argentinien, die zweitgrößte südamerikanische Republik. Perons Außenpolitik ist - soweit es in seinen Kräften steht - anti-us-amerikanisch, anti-bolschewistisch - und ibero-amerikanisch. Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln schränkt das Land seine Exporte nach Großbritannien und den USA (bis vor kurzem noch die Hauptabnehmer!) ein. Stattdessen werden die wirtschaftlichen Beziehungen zu den südamerikanischen Ländern systematisch ausgebaut. Schon sind enge und feste Beziehungen mit den benachbarten Ländern Brasilien, Chile, Paraguay und Bolivien geschaffen; und die Wahl Getulio Vargas zum Präsidenten Brasiliens dürfte die beiden größten südamerikanischen Länder noch enger zusammenführen. Gewiß, Argentinien hat keine Bodenschätze. Aber diesem Mangel könnte

Die Sozialdemokratie für ein starkes Europa !

Vorstand und Parteiausschuß der SPD
beschlossen auf ihrer gemeinsamen
Tagung am 8. und 9. September 1951 die
folgende Erklärung:

Die Deutschlandpolitik der Alliierten und die Politik der Bundesregierung haben dazu geführt, daß Europa und Deutschland weder politisch noch sozial die mögliche Stärke für die Auseinandersetzung mit dem totalitären Osten erreicht haben. Die extremen Gruppierungen sind durch diese Politik begünstigt worden. Die Sozialdemokratische Partei hat wieder einmal die Aufgabe, den radikalen Ansturm abzuwehren, dessen objektive Voraussetzungen gegen ihren Willen von anderen Faktoren geschaffen worden sind.

Entgegen aller amtlichen Propaganda hat die deutsche Wirtschafts- und Außenpolitik zu einer Kette von Mißerfolgen geführt. Der Hebung des Preisspiegels sind die Löhne, Gehälter und Renten nicht gefolgt. Die soziale Lage des größten Teiles des deutschen Volkes hat sich dadurch erneut verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit ist nicht überwunden, die Zahl der Kurzarbeiter gestiegen.

Die Bundesregierung und ihre Vertreter sind völlig passiv geblieben in der Frage der deutschen Einheit und der Erhaltung der Saar als eines deutschen Gebiets. Die amerikanische Europapolitik erreicht nicht die Schaffung eines starken Europa, sondern nur die Bevorzugung des Einen und die Benachteiligung des Anderen. Neben der Saarfrage zeigt sich das am deutlichsten beim Schuman-Plan und bei dem militärischen Verteidigungsbeitrag. Verbunden mit der wirtschaftlichen Besatzungspolitik der Alliierten bringt der Schuman-Plan die wirtschaftliche Schwächung der Ruhr und die soziale Zersetzung Deutschlands. Wie der Schuman-Plan die wirtschaftlichen Grundlagen des deutschen Volkes unter Vorspiegelung europäischer Ziele der Verfügungsgewalt fremder Nationen für 50 Jahre unterstellt, bringt der Pleven-Plan deutsche Menschen einseitig unter fremde Kommandogewalt.

Von einer Gemeinsamkeit im Kampf um die Freiheit ist in dieser Politik nichts zu spüren. Praktisch wird die tatsächliche deutsche Gleichheit in Chance, Risiko und Recht verweigert. Bisher haben es die Alliierten nicht für nötig gehalten, eine deutsche Stelle oder Person über ihre politischen und militärischen Ziele zu unterrichten. Ebenso wenig haben sie zur Schaffung der politischen, rechtlichen und moralischen Voraussetzungen für einen deutschen Verteidigungsbeitrag getan. Unter diesen Umständen hält die Sozialdemokratische Partei an ihrer Ablehnung fest. Sie erhebt gegen die Bundesregierung und ihre Parteien den Vorwurf, durch ihre Politik die Schaffung eines sozial fundierten starken Europas mit zu verhindern.

+ + +

9. September 1951

K o m m u n i q u é

über die Sitzung des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 7. bis 9. September 1951:

Parteivorstand und Parteiausschuß der SPD billigten am Sonntag in einer gemeinsamen Sitzung die Politik der Parteiführung nach einem ausführlichen Referat von Dr. Kurt Schumacher am Sonnabend nachmittag. Die Versammlung der Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei stimmte einstimmig einer Resolution zu, in der die sozialdemokratische Auffassung von der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation Deutschlands und ihren Ursachen festgelegt ist. Den Darlegungen des Vorsitzenden der Partei folgte eine gründliche Diskussion, die alle wesentlichen schwebenden außen- und innenpolitischen Fragen berührte.

Vor der gemeinsamen Sitzung hatte, wie üblich, der Parteivorstand für sich getagt. Diese Sitzung wurde durch eine Reihe von informatorischen Mitteilungen Dr. Schumachers eingeleitet.

Über die Arbeit eines kleinen Ausschusses an einem Gesetzentwurf zur Sozialisierung von Kohle sowie von Eisen und Stahl berichteten die Bundestagesabgeordneten Dr. H. Koch und Dr. J. Schöne. Der Abgeordnete Wehner gab eine Zusammenfassung der Beratungen über den Schuman-Plan sowohl auf verschiedenen Konferenzen zwischen Vertretern der sozialistischen Parteien der Schuman-Plan-Länder, wie im wirtschaftspolitischen Ausschuß des Bundestages.

Einen erheblichen Raum nahm die Diskussion über die Soldatenbünde und ähnliche Organisationen ein. Parteivorstand und Parteiausschuß stellten sich auf den Standpunkt, daß nichts gegen die Wahrnehmung berechtigter wirtschaftlicher und sozialer Interessen der ehemaligen Soldaten oder gegen eine Kameradschaftspflege einzuwenden sei. Es kam aber zum Ausdruck, daß man sich gegen jede Ausweitung dieser Aufgaben auf das Gebiet der politischen Betätigung wenden müsse.

Der Berliner Oberbürgermeister Prof. Reuter legte die Zusammenhänge dar, die zu den letzten Zwischenfällen im Ost-West-Verkehr geführt haben.

Fritz Heine vom Vorstand der SPD berichtete über die Situation im Pressewesen und insbesondere die großen Schwierigkeiten, die sich hier auf dem Papiermarkt ergeben haben. Er berichtete ferner über eine Pressekonferenz im Rahmen der Sozialistischen Internationale, die Anfang September in Amsterdam stattgefunden hat.

Der stellvertretende Vorsitzende Erich Ollenhauer gab einen Rückblick auf die Gründungstagung der sozialistischen Internationale in Frankfurt und die ersten Beratungen im Rahmen dieser Organisation in London.

Herta Gotthelf referierte über eine internationale Frauenkonferenz in Klagenfurt, deren Hauptthema die schädlichen Folgen in hochrationalisierten Betrieben und ihre wirksame Bekämpfung war.

Die nächste Sitzung des Parteivorstandes wird angesichts der bevorstehenden wichtigen Entscheidungen in der Innen- und Außenpolitik wahrscheinlich bereits am 2. und 3. November stattfinden, möglicherweise wieder unter Heranziehung des Parteiausschusses.

Verantwortlich: Peter Raunau